

Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden der AGVU zur Jahresmitgliederversammlung 2007

Sehr geehrte Damen und Herren,

willkommen bei der Mitgliederversammlung der AGVU. Der Ablauf eines Geschäftsjahres ist stets Anlass, Bilanz zu ziehen und einen Ausblick in die Zukunft zu wagen. Üblicherweise ist dies in Unternehmen und Verbänden Anlass, auf die eigenen Leistungen zu verweisen und sich selbst zu berühen. Und in der Tat war die Periode 2006 – 2007 für die AGVU im Hinblick auf die durchgeführten Vereinsaktivitäten und die erzielten Resonanzen rundum zufriedenstellend. Dennoch blicken wir auf ein Geschäftsjahr zurück, das wie kaum ein anderes einen schalen Nachgeschmack und eine zwiespältige Perspektive hinterlässt. Ich werde darauf im weiteren Rechenschaftsbericht noch zu sprechen kommen.

Zunächst jedoch zu den konkreten Aktivitäten der AGVU im zurückliegenden Jahr. Schwerpunkt war natürlich die Begleitung der Novelle der Verpackungsverordnung.

In enger Koordination mit den Verbänden des Handels und der Markenartikelindustrie hat unser Verband hier klar Position bezogen und meinungsprägend gewirkt. Davon zeugt auch der Ihnen vorliegende Pressespiegel. Zuletzt am vergangenen Freitag haben wir bei unserem Treffpunkt in der Parlamentarischen Gesellschaft im Dialog mit dem zuständigen Abteilungsleiter im BMU, Dr. Wendenburg, Flagge für die überfällige Änderung der Verpackungsverordnung gezeigt und Informationen aus erster Hand erhalten.

Der Orientierungstag im Dezember 2006 war sicherlich das Highlight unserer Veranstaltungen. Man kann mit Fug und Recht sagen, dass der Orientierungstag sich zu einem Branchentreff entwickelt hat, der eine Art jährlicher Bestandsaufnahme und Neuadjustierung bewirkt.

Wichtig über unseren Kreis hinaus war gewiss der Vortrag von Karl Erivan Haub, über dessen Relevanz ich hier keine weiteren Worte zu verlieren brauche.

Mit einer Studie von A. T. Kearney zu den wirtschaftlichen Szenarien einer Stabilisierung und eines Scheiterns der haushaltsnahen Sammlung sowie einem Gutachten von Professor Dr. Dolde zum verfassungsrechtlichen Gebot einer Novellierung der Verpackungsverordnung ist die AGVU ihrem Anspruch gerecht geworden, wissenschaftlich fundierte Beiträge zu leisten.

Einen weiteren Schwerpunkt im zurückliegenden Geschäftsjahr war unser neu gegründeter Arbeitskreis Europäische Verpackungspolitik. Auf Wunsch zahlreicher im europäischen Ausland tätiger Mitgliedsunternehmen hat dieser Arbeitskreis gemeinsam mit der Unternehmensberatung Roland Berger eine tiefe Analyse der Auswirkungen und der Kosten des deutschen Pfandsystems für Einweggetränkeverpackungen erstellt.

Diese Studie ist ausschließlich für die Verwendung im Ausland bestimmt, denn wir haben keinerlei Interesse daran, zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Pfanddebatte in Deutschland erneut zu beleben. Umso mehr bin ich gespannt auf die Ergebnisse, die wir heute zum ersten Mal präsentiert bekommen.

Der Erfolg des Arbeitskreises Europapolitik ist zu einem großen Teil auf das Engagement meines Stellvertreters im Vorsitz der AGVU, Herrn Dr. Stadler, zurückzuführen, dem ich dafür im Namen der Mitglieder danke.

Während des Geschäftsjahres sind auf Grund beruflicher Veränderungen Michael Hürter, Plus, und Wolfgang Wurtscheid, Tetra Pak aus dem Vorstand ausgeschieden. Ich bedanke mich auch bei ihnen für die langjährige und aktive Mitwirkung.

Der Mitgliederbestand der AGVU ist, abgesehen von der natürlichen, teilweise von Unternehmenszusammenschlüssen getriebenen Veränderung und Fluktuation, weitgehend konstant.

Die Finanzlage, über die im Folgenden der Schatzmeister berichten wird, ist stabil. Die AGVU geht fachlich und organisatorisch gut aufgestellt in ihr nächstes Geschäftsjahr.

Mit diesen Feststellungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, könnte ich es bewenden lassen.

Indes meine ich, dass dies der tatsächlichen Lage des von uns bearbeiteten Themenkreises nicht gerecht würde. Bereits bei der Hauptversammlung des vergangenen Jahres, die am 1. Juni 2006 stattfand, haben wir ausführlich über die fortschreitende Erosion der haushaltsnahen Verpackungssammlung gesprochen.

Bei dieser Zusammenkunft, die wohlgermerkt 13 Monate zurückliegt, habe ich unter Ihrem Beifall, meine Damen und Herren, Folgendes ausgeführt:

„Es ist eine gute Nachricht, dass die Umweltminister des Bundes und der Länder genau vor einer Woche grünes Licht für eine Änderung der Verpackungsverordnung gegeben haben, die den Bestand der haushaltsnahen Wertstoffsammlung sichern soll.

Aus unserer Sicht ist dies ein Signal an den Markt, das gerade noch rechtzeitig gekommen ist.“ (Ende des Zitats aus meiner Vorjahresrede).

Was ist daraus geworden? Auf der Habenseite ist zu verbuchen, dass das Bundesumweltministerium bereits am 28. September 2006 gemeinsam mit den Umweltministerinnen von Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg vor der Bundespressekonferenz die Eckpunkte einer Novelle der Verpackungsverordnung vorstellte. Dieser Entwurf griff in wesentlichen Teilen Vorschläge auf, die die Wirtschaftsverbände entwickelt hatten, um die Qualität der Verpackungsverwertung auch unter den Bedingungen des sich entwickelnden Wettbewerbs zu bewahren.

Die Ankündigung des Bundesumweltministeriums und der Länder, die erkannten Regelungslücken zu schließen und für fairen Wettbewerb zu sorgen, stieß auf Zustimmung sowohl bei der breiten Mehrheit der von der Verordnung verpflichteten Unternehmen wie auch der Umwelt- und Verbraucherverbände. Wer damals prognostiziert hätte, dass wir im Hochsommer 2007 immer noch auf einen Beschluss des Bundeskabinetts warten, wäre als verantwortungsloser Schwarzseher gebrandmarkt worden.

Doch so ist es nun einmal gekommen. Deswegen möchte ich heute an dieser Stelle keine Durchhalteparolen mehr ausgeben, obwohl es Zeichen gibt, dass die Verabschiedung der Novelle durch das Bundeskabinett nun tatsächlich bevorsteht.

Schon zu oft haben wir an uns in Aussicht gestellte Termine geglaubt, aus denen aus allen möglichen Gründen dann doch nichts wurde; und zudem steht nach einem Kabinettsbeschluss der in Ergebnis und Zeittakt schwer kalkulierbare Instanzenzug durch Bundestag und Bundesrat bevor.

Es mag sein, dass in Zeiten der Großen Koalition hier weniger Probleme zu erwarten sind als bei vergangenen Novellierungsverfahren, aber auch dies gilt es abzuwarten.

Vor allem möchte ich an dieser Stelle keine weiteren Warnungen vor einem Dambruch bei der Wertstoffsammlung ausgeben und selbstreferenziell auf unsere Analysen der Vergangenheit verweisen. Zynisch könnte man sagen: die Wertstoffsammlung stand spätestens Ende 2006 vor dem Abgrund und hat heute vermutlich bereits einen Schritt nach vorne gemacht.

Natürlich findet noch eine geordnete Entsorgung der Haushalte statt, werden die Wertstofftonnen geleert und der Inhalt verwertet. Für den Bürger hat sich bisher nichts geändert, nach wie vor hält er laut Umfragen die Teilnahme an der Verpackungssammlung für den wichtigsten persönlichen Beitrag zum Umweltschutz.

Doch ich befürchte, dass wir die scheinbar ungefährdete Fahrt eines großen Schiffes sehen, das den Eisberg bereits geschrammt hat.

Was sich nämlich tatsächlich verändert hat – und zwar mit langfristigen und vielleicht bereits irreversiblen Folgen – ist das Vertrauen der Mehrheit der Unternehmen in die Geltung und Ernsthaftigkeit der Verpackungsverordnung. Bund und Länder haben im vergangenen Jahr in einem umfangreichen Bericht festgestellt, dass die Verpackungsverordnung in ihrer gegenwärtigen Form unter Wettbewerbsbedingungen nicht mehr zu überwachen, geschweige denn zu vollziehen ist.

Dies ist etwa so, als ob die Finanzbehörden öffentlich erklären würden, die Steuerbescheide seien nicht mehr zu kontrollieren – und von Regierungsressorts würde die zunehmende Umgehung der Steuerzahlung sogar als Beitrag zur Entschlackung des Staates gerühmt. Genau dies entspricht der Lage, die wir bei der Verpackungsverordnung haben.

Deshalb wundert mich überhaupt nicht, dass eine wachsende Zahl von Marktteilnehmern sich entweder gänzlich ihren Pflichten entzieht oder sich teilweise skurrilen Alibilösungen anschließt. Wer will darüber in einem überaus harten Wettbewerbsumfeld moralisch den Stab brechen? Als überzeugter Marktwirtschaftler kann ich nicht verurteilen, wenn Unternehmer sich zweckrational verhalten und im Rahmen des offenbar Legalen oder jedenfalls Geduldeten ihren individuellen Vorteil suchen.

Mich erstaunt vielmehr, dass immer noch knapp zwei Drittel der Unternehmen für die haushaltsnahe Sammlung ihrer Verpackungen zahlen, obwohl sie wissen, dass bei einem Ausstieg zur Zeit egoistisch gesehen keine Folgen, sondern nur Kostenersparnisse zu erwarten wären. Ob diese scheinbare Stabilität durch das Beharrungsvermögen jahrzehntelang eingespielten Verhaltens, strategischen Weitblick oder ethische Beweggründe zu erklären ist – ich kann und will es nicht bewerten.

Meine Damen und Herren,

die Verpackungsverordnung ist dabei, sich zur Farce zu entwickeln, die über den direkten Regelungsbereich hinaus der Glaubwürdigkeit der Politik und dem Verantwortungsbewusstsein der Wirtschaft schadet. Sie möchten dazu Beispiele hören?

Da ist der bekannte Süßwarenhersteller, dem Ratgeber eingeflüstert haben, dass seine Produkte nicht zu Hause, sondern zum großen Teil in Gewerbebetrieben verbraucht werden und der Rest in beträchtlichem Maße dem Mäusefraß zum Opfer fällt.

Da ist die führende Molkerei, deren Milch plötzlich offenbar zu großen Teilen den Insassen von Kasernen, Kliniken und anderen geschlossenen Anstalten zufließt. Ob diese zumindest jedem Augenschein widersprechenden Angaben stimmen, überprüft niemand. Wahrscheinlich ist, dass diese Entwicklungen ein Durchgangsstadium – eine Art Probelauf – sind, an dessen Ende überhaupt kein Beitrag zur Umsetzung der Verpackungsverordnung mehr bezahlt wird. Folgt man dem Rechtsgutachten von Professor Dr. Dolde, so stellt sich die Frage, ob dies nicht ohnehin angesichts der unerklärlichen Verzögerung der Verpackungsnovelle bald straflos erlaubt sein wird. Fälle wie die von mir genannten Beispiele entfalten im Markt eine immense Sogwirkung, denn kein Unternehmen kann dauerhaft abseits stehen, wenn Wettbewerber ohne jedes Risiko ihre Gewinnmarge teilweise verdoppeln.

Die Verpackungsverordnung ist in ihrer Bedeutung für die Politik offensichtlich von einem Kern verbrauchernaher Umweltpolitik zu einem ungeliebten Nischen- und Spezialistenthema herabgekommen. Für ein Programm, das der Wirtschaft Jahr für Jahr weit mehr als 1 Milliarde Euro abfordert, ist dies ziemlich wenig, meiner Meinung nach zu wenig. Schlimmer noch - es ist anscheinend der Eindruck entstanden, die Verpackungsverordnung sei vor allem ein Herzenswunsch der von ihr verpflichteten Kreise und ihre behördliche Durchsetzung eine Gefälligkeit gegenüber der Wirtschaft.

Niemand sollte da bitte einem Irrtum erliegen. Handel und Konsumgüterindustrie könnten gut ohne die Verpackungsverordnung und ohne die Lasten der Produktverantwortung leben. Wenn die Verordnung aufgehoben würde, würden ihr die verpflichteten Wirtschaftskreise keine Träne nachweinen.

Unsere Anstrengungen dienen alleine dem Ziel, bei Geltung der Verordnung wenigstens gleiche Lasten für alle Betroffenen und für das viele aufzuwendende Geld eine für die Verbraucher überzeugende Lösung sicherzustellen. Leider ist dies anscheinend nicht überall richtig verstanden worden.

Und noch eines ist bedauerlicherweise festzustellen. Durch den von Politik und Behörden geduldeten Wildwuchs hat sich eine unübersichtliche Szene gebildet, die von den Grauzonen und dem öffentlichen Stunk um die Verpackungsverordnung lebt. Die Versuche, die Novelle der Verpackungsverordnung zu behindern und Wettbewerber auszuschalten, haben Formen angenommen, die jedes vertretbare Maß zivilisierter Interessenvertretung hinter sich lassen. Wir erleben zur Zeit Auswüchse bis hin zu persönlichem Rufmord. Verantwortlich dafür sind nicht nur die Verursacher, sondern politische Rahmenbedingungen, die die Durchsetzung der Verpackungsverordnung zur reinen Privatsache machen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle klar sagen: diese Form des Streits ist ekelhaft und unzumutbar. Es gibt nur eine einzige Antwort, und die ist, sich davon abzuwenden. Wir haben weder die Verantwortung noch die Mittel, ersatzweise für den Staat einen Kampf gegen Marktteilnehmer zu führen, die sich ihren öffentlichen Pflichten entziehen. Eine so interpretierte Produktverantwortung können wir in der Tat nicht schultern.

Für die AGVU bedeutet dies nach meiner persönlichen Überzeugung, sich künftig kristallklar darauf zu fokussieren, Anwalt der Interessen von Handel und Industrie, Vertreter der verpflichteten Wirtschaftskreise, zu sein.

Die Zeit der Schreiben an Minister und andere Politiker, doch bitteschön etwas für die Rettung bewährter Sammelsysteme für Verpackungen zu tun, ist vorbei. Vorüber ist auch die Zeit der Mahnungen an Unternehmen, sie mögen um der hehren Ziele der Verpackungsverordnung willen aufwendige Umweltkonzepte unterstützen, selbst wenn Wettbewerber dies nicht tun.

Verstehen Sie mich richtig – natürlich wünsche ich mir weiterhin, dass Verantwortungsbewusstsein und Vernunft obsiegen, aber hierüber muss jeder Marktteilnehmer selbst befinden.

Die Aufgabe, die Verpackungsverordnung zu stabilisieren und dem Vertrauen der Bürger in den Fortbestand der Wertstoffsammlung gerecht zu werden, liegt nun bei der Politik, und zwar bei der Politik allein. Die Argumente sind ausgetauscht. Die von uns vertretenen Teile der Wirtschaft haben alle ihnen obliegenden Leistungen erbracht und sämtliche Versprechen erfüllt. Die Lösungen liegen auf der Hand und sind – wenn man denn will – immer noch in kurzer Frist implementierbar. Ein starkes Signal der Politik kann noch etwas bewirken. Bleibt es aus, ist die Verordnung in ihrer heutigen Form gescheitert.

Man mag dies bedauern oder begrüßen – wichtig ist nur, dass im Gedächtnis bleibt, welche Entwicklungen die Ursache sind.

Die AGVU, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat wie wahrscheinlich keine andere Organisation geistige Impulse geliefert, wie die Kreislaufwirtschaft bei Verpackungen in glaubwürdiger Form umzusetzen ist. Ideen aus unserem Kreis haben geformt, was heute international als Produktverantwortung diskutiert und praktiziert wird. Selbst unsere Kritiker haben meist unsere Konzepte als Anknüpfungspunkt und nur selten zu Ende gedachte eigene Alternativen. Die AGVU hat immer wieder unter Beweis gestellt, dass sie offen ist für Neues und für eine konstruktive und kreative Weiterentwicklung des Bewährten.

Dies haben wir zuletzt mit der Unterstützung einer Öffnung des Marktes der Verpackungsverwertung für einen fairen Preis- und Leistungswettbewerb gezeigt.

Mit diesem Referat, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich daher eine Diskussion über das Selbstverständnis, die künftigen Ziele und die Strategie der AGVU anstoßen.

Diese Diskussion kann natürlich nicht im luftleeren Raume stattfinden, denn unser Verband repräsentiert nur einen Ausschnitt der von der Verpackungsverordnung verpflichteten Kreise. Aber es war schon immer unsere Stärke, Strömungen früher als andere zu erkennen, intelligent umzusetzen und damit auch auf die Meinungsbildung der weiteren und teilweise schwererwichtigeren Organisationen von Handel und Industrie auszustrahlen.

So Sie mir bei der anstehenden Wahl das Vertrauen als Vorsitzender aussprechen, möchte ich daher im Vorstand und in der Mitgliedschaft eine strukturierte Willensbildung in Gang bringen, wie wir uns über die notwendige Detailarbeit hinaus auf die sich entwickelnden politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einstellen können. Ich gehe davon aus, dass wir bis zu unserem traditionellen Orientierungstag im Spätherbst ein eindeutiges Bild haben, ob die Politik die Kraft gefunden hat, die gegenwärtigen Rahmenbedingungen der Verpackungsverordnung zu stabilisieren.

Sollte dies der Fall sein, was zu wünschen ist, werden wir diesen Rahmen konstruktiv ausfüllen und dazu beitragen, dass die dann anstehenden konkreten Verantwortlichkeiten – zum Beispiel die Ausgestaltung der Vollständigkeitserklärung – praktikabel umgesetzt werden.

Sollte dies nicht gelingen, werden wir uns wahrscheinlich in einem völlig veränderten politischen Umfeld befinden und mit jetzt noch undenkbaren Forderungen, beispielsweise nach einer Verpackungssteuer, konfrontiert sein. Wir müssen – und werden – fähig sein, erforderlichenfalls auch hierauf adäquate Antworten zu geben, auch wenn dies neue Prioritäten und Koalitionen erfordern sollte. Zunächst einmal aber danke ich Ihnen, dass Sie mir bei diesem kleinen Ausflug zu den strategischen Optionen der AGVU gefolgt sind und freue mich auf Ihre Diskussionsbeiträge.